

- Beschluss**
 Wahl
 Kenntnisnahme

Vorlagen Nr. 50/018/2015

öffentlich

Fachbereich: Sozialamt Bearbeiter/in: Frau Barbara Leuchter	Datum: 31.03.2015 Az.:
----------------------------------------------------------------	---------------------------

Beratungsfolge	Termine	Art der Entscheidung
Sozialausschuss	11.05.2015	Vorberatung
Kreisausschuss	15.06.2015	Vorberatung
Kreistag	22.06.2015	Beschluss

Projekt "Gemeinwesenarbeit und Integration Ratingen-West" - Kreisbeteiligung - Konzept der Stadt Ratingen

- Finanzielle Auswirkung ja nein noch nicht zu übersehen
 Personelle Auswirkung ja nein noch nicht zu übersehen
 Organisatorische Auswirkung ja nein noch nicht zu übersehen

Beschlussvorschlag:

Das Konzept zum „Programm Gemeinwesenarbeit und Integration – Ratingen-West“ wird beschlossen.

Fachbereich: Sozialamt

Bearbeiter/in: Frau Barbara Leuchter

Datum: 31.03.2015

Az.:

Projekt "Gemeinwesenarbeit und Integration Ratingen-West" - Kreisbeteiligung - Konzept der Stadt Ratingen

Anlass der Vorlage:

Wie bereits in vergangenen Sozialausschuss-Sitzungen mehrfach berichtet, wurde das Projekt „Integration und Prävention – Stärkung der Gemeinwesenarbeit in Ratingen-West“ (nachfolgend Projekt Ratingen-West genannt) während der fünfjährigen Laufzeit bis zum Auslauf am 31.07.2012 durch den Kreis Mettmann mit bis zu 70.000 € jährlich unterstützt.

Auf Beschluss des Kreistages vom 29.03.2013 wurde das Projekt nochmal um zwei Jahre bis Juli 2014 verlängert und die Förderung auf jährlich 35.000 € festgeschrieben (Vorlage Nr. 50/007/2012).

Am 18.11.2013 hat der Sozialausschuss in seiner Haushaltsplanberatung dann mehrheitlich folgenden Beschluss gefasst: *„Das Projekt „Integration und Prävention – Stärkung der Gemeinwesenarbeit in Ratingen-West“ soll über Mitte 2014 hinaus fortgeführt werden. Dabei wird der jährliche Zuschuss auf 35.000 € begrenzt. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Partnern ein auf Dauer angelegtes Konzept zur ‚Integration und Prävention‘ zu entwickeln und dem Kreistag vorzulegen.“*

Ausgangslage:

Die Kreisverwaltung (Abt. 50-5 Integration und Soziale Planung) hat in 2014 und Anfang 2015 mit Vertretungen aus der Stadt Ratingen (Leitungen Ordnungsamt und Sozialamt) hinsichtlich der Überführung des Projekts Ratingen-West in ein Regelangebot gesprochen.

Als Ergebnis hieraus hat die Stadt Ratingen einen von Bürgermeister Klaus Pesch unterschriebenen Bericht zur Situation in Ratingen-West vom 17.02.2015 vorgelegt.

Dieser Bericht enthält folgende Punkte:

- Schilderung der Historie
- die in den Projektjahren umgesetzten Maßnahmen
- die Auswirkungen und Erfolge
- einen Ausblick auf eine Neuorientierung
- die Beschlüsse, die der Rat der Stadt am 15.11.2014 zur Weiterführung gefasst hat.

Sachverhaltsdarstellung:

Aus dem Bericht der Stadt Ratingen sowie den Gesprächsergebnissen zwischen den Vertreter/innen der Kreis- und der Stadtverwaltung Ratingen ist das nachstehende Konzept entwickelt worden.

„Programm Gemeinwesenarbeit und Integration – Ratingen-West“

I. Hintergrundinformationen

Aufgrund massiver Beschwerden von Anwohnern rund um den Berliner Platz fand 2006 ein erstes Treffen mit Vertretungen von Polizei, Ordnungsamt und Sozialamt unter der Leitung des Landrates und des Bürgermeisters statt.

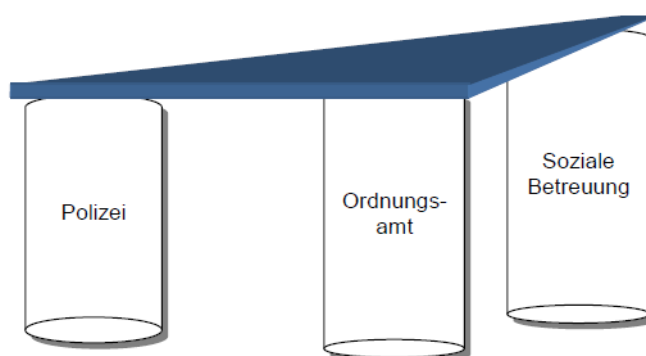
Folgende Problemlage galt es nachhaltig zu verändern:

- Häufung von Ladendiebstählen, offensichtlich ausgeführt von jugendlichen Schulschwänzern und Drogenabhängigen
- Ansammlung von Alkohol konsumierenden Personen (ca. 40 – 50) auf dem Berliner Platz und damit verbunden
 - Anpöbeln von Personen, die den Berliner Platz queren oder das Einkaufszentrum aufsuchen wollten
 - Lärmbelästigung
 - Verschmutzung

Als Ergebnis aus diesem Treffen wurden seitens der Stadt Ratingen folgende Maßnahmen entwickelt.

II. Bausteine und Maßnahmen

1. Säulen der Maßnahmen



Die in den tragenden Säulen der Maßnahme abgebildeten und in der Grafik dargestellten Institutionen, haben folgende Aufgaben bzw. Effekte:

Polizei	Restriktion im Bereich der Straftatbestände und Prävention
Ordnungsamt	Restriktion im Bereich der Ordnungswidrigkeiten und Prävention
Soziale Betreuung	<ul style="list-style-type: none">• Streetwork• Jugendprävention• „Stattcafé“• Familienarbeit• Vermittlung in Arbeit• Vermittlung in Entzug und Therapie

Alle drei Säulen sind Voraussetzung und maßgeblich für die Durchführung und das Gelingen der Maßnahme. Wenn nur eine der drei Säulen verschwindet oder nachlässt, gerät die Maßnahme in eine Schiefelage.

2. Weitere flankierende Maßnahmen

- Bildung eines Arbeitskreises Integration und Prävention als Steuerungsinstrument (Mitglieder: diverse städtische Ämter, der Kreis, alle im Stadtteil tätigen Sozialverbände, Kirchen, LEG und die ARGE)
- Bildung von drei Arbeitsgruppen: Integration, Angsträume und Niedrigeinkommen
- Erstellen eines Integrationskonzeptes durch die AG Integration (das Handlungsfeld Bildung wurde in das gesamtstädtische Konzept übernommen)
- Erstellen eines Reinigungskonzept durch die AG Angsträume (5-malige Reinigung wöchentlich des Berliner Platzes und angrenzender Flächen)
- Umfragen im Personenkreis mit Niedrigeinkommen mit dem Ziel, Bedarfe zu ermitteln, um neue Angebote entsprechend auszurichten (AG Niedrigeinkommen)
- Monatliche Treffen unter Leitung der Verwaltung von interessierten Personen aus der Politik, den Verbänden und der Bürgerschaft
- Einrichtung eines Stadtteilbüros als Anlaufstelle für die Anwohner/innen und zur Vernetzung und Koordinierung der im Stadtteil vorhandenen Angebote
- Einrichtung einer Polizeidienststelle
- Einrichtung des „Stattcafés“

Die Erfahrung hat gezeigt, dass nach dem Wegfall einzelner flankierender Maßnahmen (z.B. Reduzierung des Reinigungszyklus des Berliner Platzes) der ursprüngliche Zustand schnell wieder eintritt.

III. Ziele

- die Erhöhung von Sicherheit und Ordnung im Stadtteil
- das Sicherheitsgefühl und die Zufriedenheit aller Bewohner/innen sollen erhöht, die Attraktivität für Neuzuzüge gesteigert und ein Anreiz für Geschäftseröffnungen und Investoren geschaffen werden
- Auf-, Ausbau und Pflege eines Netzwerkes zwischen Polizei, Ordnungsamt und in der Sozialarbeit tätigen Institutionen

IV. Auswirkungen/Erfolge im Projektzeitraum

1. Enge, kooperative sowie transparente Zusammenarbeit von Polizei, Ordnungsamt und Sozialverband
2. Die außergewöhnliche Akzeptanz des Streetworkers, die sich trotz aller Skepsis im Vorfeld als Konstante im Projekt herauskristallisiert hat
3. Das Etablieren des „Stattcafés“ im Einkaufszentrum, das gut angenommen wird
4. Die Einrichtung des Stadtteilbüros, das den Kontakt zu den Anbietern von sozialen Maßnahmen hält und für den Transfer von Informationen sorgt
5. Der Abbau von Angsträumen, z.B. durch ein neues Beleuchtungskonzept

6. Die Reduzierung der in 2007 festgestellten Ansammlung von 40 – 50 Personen auf dem Berliner Platz auf 5 – 8 Personen dank des intensiven Einsatzes aller dort Tätigen
7. Entschärfung und Auflösung von problematisierten informellen Jugendtreffs an der Eishalle und am Einkaufszentrum
8. Die Beschwerdelage im Ordnungsamt tendiert gegen null
9. Lt. Polizei ist ein Rückgang der Straftaten – vor allem Ladendiebstähle – zu verzeichnen
10. Die trotz der angespannten Finanzlage Beibehaltung der weit über den Standard hinausgehende Reinigung des Berliner Platzes und Umgebung (täglich von Montag bis Freitag)

V. Beschlusslage in Ratingen

Vor dem Hintergrund der o.g. Erfolge hat der Rat der Stadt Ratingen in seiner Sitzung am 15.11.2014 folgende Beschlüsse gefasst:

1. *Die Betreuung des Berliner Platzes sowie der angrenzenden Gebiete wird durch einen Streetworker sichergestellt. Das bisher zeitlich begrenzte Angebot wird ab 2015 in ein Regelangebot überführt. Die Verwaltung wird hierzu gebeten, nach Maßgabe der nachfolgenden Ziffern 2 – 9 die notwendigen Mittel ab dem Haushaltsplanentwurf 2015 jährlich wiederkehrend einzuplanen.*
2. *Zur Finanzierung des Streetworkers werden (...) die jeweilig anfallenden Personalkosten einschließlich einer zehnprozentigen Organisationspauschale sowie einer jährlichen Erhöhung von 1,5 Prozent nach dem Rahmenvertrag mit den Sozialverbänden als Zuschuss an die Diakonie bereitgestellt. Im Etat 2015 ist dafür ein Betrag in Höhe von 69.500 EUR zu veranschlagen.*
3. *Das durch den Streetworker betriebene „Stattcafé“ bleibt weiterhin erhalten; der Mietvertrag mit der LEG soll verlängert werden. Die jährlichen Mietkosten einschließlich Mietnebenkosten von derzeit 10.000 EUR werden (...) bereitgestellt.*
4. *Die Beschäftigung einer Jugend-Präventionskraft wird im zeitlichen Umfang einer halben Stelle fortgesetzt. Zur Finanzierung werden zusätzlich (...) die jeweilig anfallenden Personalkosten zzgl. Organisationspauschale und Maßnahmekosten mit einer jährlichen Erhöhung von 1,5 Prozent als Zuschuss an die Diakonie bereitgestellt. Im Etat 2015 ist dafür ein Betrag in Höhe von 46.500 EUR zu veranschlagen.*
5. *Das Stadtteilbüro als Anlaufstelle für Bürger/innen, Sozialverbände und sonstige interessierte Personen bleibt erhalten. Die Stelle (...) wird als Teilzeitstelle, zunächst – bis zu neuer Evaluierung - mit einem Stellenplansoll von 19,5 Wochenstunden und der Besoldungsgruppe EG 10 unbefristet ab dem 01.08.2015 im städtischen Stellenplan berücksichtigt. Die kalkulatorischen Personalkosten belaufen sich derzeit auf 26.955 EUR jährlich.*
6. *Die Reinigung des Berliner Platzes wird auch zukünftig 5 x wöchentlich durchgeführt. Die Mittel werden (...) bereitgestellt (z.Z. 35.000 EUR).*
7. *Die Zusammenarbeit mit comp:ex Schmiede oder bei Veränderungen mit anderen Anbietern von Qualifizierungsmaßnahmen soll weiterhin erfolgen. Für die Durchführung der Maßnahme werden zurzeit Ergänzungsmittel von der Diakonie benötigt. Die Mittel werden (...) auch weiterhin etatisiert. Im Etat 2015 ist dafür ein Betrag in Höhe von 6.700 EUR zu veranschlagen.*
8. *Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Kreis Mettmann Kontakt wegen weiterer finanzieller Unterstützung der Maßnahmen in Ratingen West aufzunehmen und zu vereinbaren.*

9. *Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Landrat als Leiter der Kreispolizeibehörde Gespräche über die Weiterführung und personelle Ausstattung der Polizeinebenstelle Ratingen West zu führen.*
10. *Über Ergebnisse und ggf. wesentliche Veränderungen wird die Verwaltung bei Bedarf berichten.*

VI. Beteiligung des Kreises bzw. der Kreispolizeibehörde

Die unter Punkt 8. und 9. gefassten Beschlüsse tangieren Aufgabenbereiche des Kreises Mettmann bzw. der Kreispolizeibehörde.

Da der Kreistag im Rahmen der Haushaltsplanberatungen am 16.12.2013 auf Empfehlung des Sozialausschusses (Sitzung vom 18.11.2013) die weitere finanzielle Unterstützung (jährlich 35.000 €) beschlossen hat, besteht hinsichtlich des Beschlusses des Stadtrates, mit dem Kreis Mettmann die weitere finanzielle Unterstützung zu vereinbaren, kein weiterer Handlungsbedarf.

Der Standort der Polizeidienststelle im Stadtteil Ratingen-West bildet einen festen Bestandteil im Programm. Siehe auch Protokoll der Sitzung des Sozialausschusses am 09.02.2014 zu TOP 9:

„Auf Nachfrage von KA Hannewald führt Herr Richter aus, dass die Polizei weiterhin in das Projekt integriert sei.“

VII. Besondere Herausforderungen

- Die Stadt Ratingen hat von der LEG einige Wohnungen im Stadtteil angemietet, in denen sie künftig Flüchtlingsfamilien unterbringen möchte. Die Integration von Flüchtlingen in eine seit Jahren gewachsene Struktur ist eine der nächsten Aufgaben aller Akteure vor Ort.
- Die Stadt Ratingen hat eine Interessensbekundung für das ESF-Bundesprogramm BIWAQ (Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier) abgegeben und bereits einen Zuschlag erhalten. Die Stadt erhofft sich von dem auf den Stadtteil Ratingen-West zugeschnittenen Projekt eine zusätzliche Unterstützung zur Erreichung der Ziele.

VIII. Nachhaltigkeit

- Der Arbeitskreis Ratingen-West, dem alle Akteure vor Ort sowie das Kreisintegrationszentrum angehören, soll wieder aktiviert werden und sich regelmäßig treffen. Der Arbeitskreis versteht sich als Steuerungsgruppe und hat die Aufgabe – neben einem intensiven Informationsaustausch – Bedarfe zu erkennen und Handlungsansätze zu entwickeln und umzusetzen, mit dem Ziel, die im Stadtteil lebenden Menschen zu begleiten und deren Lebenssituation im Stadtteil weiter zu verbessern.
- Die politischen Gremien werden je nach Bedarf über die aktuellen Entwicklungen im „Programm Gemeinwesenarbeit und Integration - Ratingen-West“ informiert.